

und das ist für die Arbeiter und Angestellten einfach nicht mehr zu ertragen.

So ist die schlechte Finanzpolitik, die schlechte Sozialpolitik die Ursache der großen sozialen Unruhe und Gärung, die große Schichten des Volkes erfasst hat. Sie bedeutet aber zugleich die schwere Schuld der Regierung an dieser Entwicklung.

Die neue Sentung der Marx ist eine ernste Warnung. Wird ihr nicht Einhalt getan, so werden die Preise noch schneller steigen, die soziale Gärung wird noch vermehrt. Und mit dieser allgemeinen Preissteigerung trifft zusammen eine außergewöhnliche Erhöhung des Brotpreises und eine solche der Rieten! Wird die Regierung endlich, in letzter Stunde, die Warnung verstehen? Wird sie begreifen, daß die neue Sentung die Kaufkraft des Lohnes für die Arbeiterschaft Verzwiefelung bedeutet, während sie das Budget über den Haufen wirft, das Defizit vergrößert, den Notendruck vermehrt und so aufs neue die Geldentwertung beschleunigt?

Wir brauchen eine energische Steuerpolitik, die endlich dieser unheilvollen Entwicklung Halt gebietet! Wir müssen zur Gesundung der Finanzen gelangen, und die Regierung wird den Widerstand der Beherrschenden endlich brechen müssen oder an ihrem Versagen selbst zugrunde gehen.

Schwankungen am Devisenmarkt

An der Börse herrscht wieder Betrieb, wie der Berliner zu sagen pflegt. Im Laufe des gestrigen Vormittags gingen die Devisenkurse wieder in die Höhe, gegen Mittag stand der Dollar bereits auf 233. Dann setzte ein Rückgang ein, da angeblich die Reichsbank in größerem Umfang als Abgeber auftrat. Die Spekulation, die sich anscheinend viel mehr mit Devisen einundausen beschäftigt hatte, als die Industrie, mußte wieder Verkäufe vornehmen, so daß bei der amtlichen Notierung der Dollar auf 219 stand, gegen 218 vom Montag. Das englische Pfund notierte gestern 981 (981). Die übrigen Devisen veränderten ihren Kursstand vom Montag nur ganz unwesentlich.

Die Bewegung der wichtigsten Devisen an der Berliner Börse seit 1921 wird durch die nachstehende Tabelle, die wir der „D. A. Z.“ entnehmen, illustriert:

In Berlin notierten am	Wien	London	Paris	New-York
1921				
4. Januar	2882,60	286,26	437,—	75,38
17. Mai	2100,—	233,25	497,50	58,38
16. August	2800,—	330,—	697,—	60,—
28. September	4075,—	473,—	890,—	127,—
12. Oktober	4295,60	509,45	961,50	131,86
13. "	4750,—	545,—	1010,—	141,50
8. November	10 900,—	1180,—	2240,—	310,—
9. "	8700,—	982,50	1800,—	253,—
1. Dezember	6700,—	732,50	1410,—	190,—
5. "	8190,—	937,50	1730,—	236,—
12. "	6150,—	699,—	1335,—	165,50
31. "	6750,—	771,—	1492,50	184,—
1922				
3. Januar	7425,—	847,50	1600,—	201,50
3. Februar	7575,—	800,—	1712,50	204,62
9. "	7175,—	842,50	1665,—	191,75
15. "	7482,50	874,10	1733,25	199,80
20. "	8166,80	951,50	2007,93	218,58

Ein neuer Zwischenfall in Gleiwitz

Kaum ist die Erregung über die Petersdorfer Schießerei, die wohl noch ein politisches Nachspiel haben wird, verhebt, kommt schon wieder die Kunde von einem neuen Zwischenfall. Das Wolff-Bureau meldet darüber aus Breslau:

Am 19. d. M. abends gegen 9 Uhr ereignete sich in Gleiwitz folgender Zwischenfall: Aus einem Gasthause traten drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, anscheinend in ungeheuerem Zustande auf die Straße. Die Franzosen liefen einer Gruppe von Zivilisten zu; Hände hoch! und im gleichen Augenblick feuerte der bewaffnete Franzose einen Schuß auf die Zivilisten ab, ohne jemand zu treffen. Der an der nächsten Straßenecke postierte diensthabende Polizeiwacht-

meister Paul Rüfenberg trat auf die Gruppe zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Weitergehen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose den Revolver gegen den Polizeibeamten und streckte ihn durch einen Kopfschuß nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergriffen.

Soweit die amtliche Darstellung, die wir allerdings mit Vorbehalt aufnehmen, da auch die amtlichen Mitteilungen über den Petersdorfer Ueberfall nicht genau, den Tatsachen entsprechen. Jedenfalls ist die Regierung verpflichtet, sofort mit allen Mitteln die peinlichste Untersuchung dieses neuen Vorkommnisses in die Wege zu leiten.

Die Vertagung der Genueser Konferenz

Offizielle Mitteilung an die deutsche Regierung

W. I. S. meldet: Die französische Regierung hat gestern der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß sie bei der italienischen Regierung unter Hinweis auf die in dem Memorandum des französischen Ministerpräsidenten geltend gemachten Gründe eine Verschiebung der Konferenz von Genua beantragt habe.

Das Programm der Kleinen Entente für Genua

EE. Paris, 21. Februar.

Der Belgrader Korrespondent des „Journal des Débats“ führt in kurzen Umrissen das Programm der Kleinen Entente für Genua. Die kleine Entente werde zunächst die französische Ansicht von der Unabänderlichkeit der Friedensverträge unterhalten und sich insbesondere gegen die ungarische Forderung auf Abänderung der territorialen Bestimmungen wenden. Außerdem würden Maßnahmen gegen die tschechischen Treibereien und endgültige Festlegung der Apogee Karls von Habsburg verlangt. Gegen Rußland wird die Aufstellung einer gemeinsamen Front verlangt und gleichzeitig gegen jeden Versuch der Wiederherstellung einer Donaukonföderation, egal in welcher Form, protestiert. Die Teilnahme von Vertretern der Kleinen Entente an den Londoner Sachverständigenberatungen wird als dringend erwünscht bezeichnet.

Einladung der baltischen Staaten

Romno, 20. Februar.

Der Vertreter Italiens bei den baltischen Staaten hat dem litauischen Vertreter in Riga die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua überreicht.

Aus dem Auswärtigen Ausschuss

Unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns und in Anwesenheit des Reichsministers und einiger Minister trat gestern vormittag 10 Uhr der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen. Trotdem zur Wahrung der Vertraulichkeit noch besondere Vorkehrungen getroffen worden sein sollen, berichtet die bürgerliche Presse das Wesentliche aus den Verhandlungen. Wir erfahren, daß sich der Ausschuss mit dem politischen Verhältnis Rußlands zum Westen Europas, und im besonderen mit der Frage des Wiederaufbaus der russischen Wirtschaft befaßt habe. Die Sitzung wurde mit einer längeren Rede des Reichsaussenministers Dr. Rathenau eröffnet, an die sich eine längere Aussprache anschloß. Als Redner werden genannt die Abgeordneten Graf Bernstorff (Hannoveraner), Hoeglich (deutschnational), von Aebelnaben (Deutsche Volkspartei), Spahn (Zentrum), Breitheid (unabhängig) Vogt (R. A. G.), Helfferich (deutschnational), Hermann Müller (Soz.) und Leberhour (unabhängig). Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Mittwoch nächster Woche vertagt.

Das Arbeitszeitgesetz

In der kommenden Woche werden die durch den Eisenbahnerstreik unterbrochenen Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Reichsministerium mit den Spitzenorganisationen der Eisenbahnbeamten und der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Die Vorgesprachen sollten ursprünglich am heutigen Mittwoch wieder beginnen, mußten aber aus technischen Gründen verschoben werden. Inzwischen haben die einzelnen Verbände und Organisationen zu dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, der bekanntlich nicht zu einer Einigung zwischen

dem Ministerium und den Eisenbahnvertretern geföhrt hatte, Stellung genommen und eine Reihe von Abänderungsanträgen fertiggestellt, die neue langwierige Verhandlungen nötig machen werden.

Verhandlungen über Groß-Hamburg

Am Montag, den 27. Februar, beginnen in Berlin die Verhandlungen zwischen den Vertretern Hamburgs und Preußens über die in jüngster Zeit vielumstrittene Frage der Ausgestaltung Groß-Hamburgs. Als Vertreter Preußens nehmen an den Verhandlungen teil: 1. der frühere Minister Dr. Südekum, der bekanntlich von Preußen zum Kommissar für die Behandlung der Frage Groß-Hamburgs seit einiger Zeit bestellt ist; 2. der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium des Innern, Dr. Freund; 4. Ministerialdirektor Krohne vom Handelsministerium und 5. Ministerialrat v. Loebell vom preussischen Finanzministerium.

Wir haben verschiedentlich zu den Auseinandersetzungen Preußens mit Hamburg über gewisse Gebietsregelungen, die zur Erweiterung und gänzlichen Ruhbarmachung des Hamburger Hafengebiets notwendig werden, unsere Meinung zum Ausdruck gebracht. Wir möchten zu den bevorstehenden Verhandlungen noch einmal mit aller Bestimmtheit verlangen, daß die zu treffenden Entscheidungen insbesondere von preussischer Seite nach rein wirtschafts- und verkehrspolitischen Gesichtspunkten geföhrt werden und daß jeder engstirnige Partikularismus anscheide. Es wäre eine Blamage ohnegleichen, wenn ein für die Zukunft Deutschlands so wichtiger Faktor wie der Hamburger Hafen in der vollen Ausnutzung seiner technischen Möglichkeiten behindert würde durch krämerhaften Gebietschacher. Schließlich ist der Hamburger Hafen keine rein hamburgische, sondern eine deutsche Frage, und das Reich wird nicht umhin können, seine besondere Aufmerksamkeit den preussisch-hamburgischen Verhandlungen zu widmen.

Das Hungerelend in Sowjetrußland

EE. Moskau, 21. Februar.

Die Moskauer „Pravda“ weist in einer Artikelreihe aus der Feder leitender Wirtschaftsbeamter auf den ungünstigen Verlauf der Beschaffung und des Abtransports von Saatgetreide für das Hungergebiet hin, was eine neue lurche Katastrophe für das nächste Jahr bedeute. Der Dezember sei für die Aktion völlig verloren gegangen, und im Januar sind von den im Innern zu beschaffenden 19 Millionen Pud Saatgetreide nur etwa 8 Millionen zu den Eisenbahnstationen herangeföhrt, und davon nur 6,5 Millionen verladen worden. Der Schwerpunkt der Aktion ist auf den Februar verlegt worden, wo noch der Abtransport des amerikanischen Saatgetreides die Eisenbahnen stark in Anspruch nehmen werde. Selbst, wenn die in Aussicht genommenen Saatmengen voll beschafft würden, sei bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Transportwesens eine Verzögerung bei der Verteilung des Saatgutes in den Wintergebieten nicht mehr abzumenden, um so mehr, als es dort nur wenige Eisenbahnen gebe, und der Untergang und die Entfrüftung des Viehes dem Transport weitere Schwierigkeiten bereite. Dies alles bedauere die Gefahr einer neuen Misere herauf. Auch könne die Bodenfruchtbarkeit infolge der stetig fortschreitenden Entfrüftung der Bevölkerung und des Viehes teilweise überhaupt nicht mehr durchgeföhrt werden.

EE. Stockholm, 21. Februar.

Die kürzlich aus Soratom in Stockholm eingetrossenen Delegierten der Schwedischen Liga zur Rettung der Kinder stellen in ihrem Bericht die Berechnung auf, daß in den Hungergouvernements bis zur neuen Ernte weitere 9 Millionen Menschen dem sicheren Hungertode anheimzufallen müßten.

Der Streik in der Metallindustrie des Bezirke Hagen-Schwelm ist durch Einigung zwischen dem Arbeitgeberverbande und den Gewerkschaften beendet worden. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen.

Im dänischen Arbeiterkonflikt ist eine Verschärfung eingetreten. Die Verhandlungen mit der Hafenarbeiter-Organisation sind gescheitert. Zugleich haben die Elektrizitätsarbeiter, 2000 an der Zahl, die Vorschläge der Vergleichskommission abgelehnt. Es ist demnach damit zu rechnen, daß der Arbeiterkonflikt bis zur Ende durchgeföhrt werden muß.

Die Papier-Generale

In Deutschland waren während des Krieges die Generale allmächtig. Die Oberste Heeresleitung bestimmte die Politik, und die sogenannten Staatsmänner vom Format Bethmann-Hollweg und Michaelis fügten sich. Was allerdings die Ludendorff und Konraden nachträglich nicht hinderte, die eigene Schuld auf die „anderen“ abzuwälzen zu versuchen. Solange der Krieg währte, wagten die Presse und die politischen Parteien mit Ausnahme der U. E. V. D. nicht, gegen diesen Unsinn aufzumachen, erst nach Beendigung des Krieges und nachdem die Sache schief gegangen war, dämmerte es bei manchen bisherigen Lobrednern der „siegreichen“ deutschen Heerführer.

Diese Ueberheblichkeit der Leute mit Generalstreifen war übrigens keine spezifisch deutsche Erscheinung. Auch anderwärts versuchten sie das gleiche Spiel, aber nicht allerwärts waren die Staatsmänner und Politiker vom Kaliber der deutschen.

Lloyd George beispielsweise wußte sich nicht nur gegenüber den englischen Generalen durchzusetzen, sondern auch gegenüber seinem Generalstabschef Robertson und dem Obersten Kriegsrat der Alliierten. Einzelheiten darüber enthält eine Schrift „Wie es wirklich war“, die den englischen Stabsoffizier Captain Peter Wright zum Verfasser hat und die soeben in deutscher Uebersetzung im Verlag für Kulturpolitik, München, erschienen ist. Wright war Lloyd Georges Vertrauensmann und Ueberleher im Obersten Kriegsrat der Alliierten während der Jahre 1917 und 1918. Wright schildert die Dinge also:

Militärbehörden sind in modernen Kriegzeiten, wo das ganze Volk in eine Armee verwandelt wird, die mächtigsten Organismen im Staate, da fast jeder ihnen gehorchen muß, und sie dazu neigen, auch die politische Führung an sich zu reißen. Ihre ungeheuren Taugarne umklammern Parlament und Presse, und so sind sie in der Lage, die öffentliche Meinung nach ihrem Willen zu modeln. Zensur und Propaganda bilden zusammen eine gewaltige Lügenmaschine, die alle Wahrheit vernichtet und bewußte Unwahrheit ausstreut. Ursprünglich zu dem alleinigen Zweck geschaffen, den Feind zu täuschen, wird dieser Apparat im Laufe der Zeit dazu verwandt, jeden einzelnen, einzeln, ob Soldat oder Zivilist, hinter das Licht zu führen. Der Zweck des Betrages ist, die Moral aufrechtzuerhalten, wie es im Kriegs-Jargon heißt, als wenn es Männern gegenüber, die ihr Leben freiwillig aufs Spiel setzen, der Lügen bedürfte, um sie zu ihrer Pflicht anzuhalten. Die Lügenmaschine läuft leicht und mühelos, da heute in unserem aufgeklärten Zeitalter das Volk dank dem organisierten Betrug der Presse weit schlechter unterrichtet ist als in den Tagen, wo nur Gerüchte Nachrichten verbreiteten. Mit Hilfe der Drucker-Schwärze und der allgemeinen Bildung ist es heute möglich, das Volk glauben zu machen, was man will. So waren z. B. die

meisten Deutschen während des Krieges fest überzeugt, daß halb London bereits in Asche läge; und wir Engländer haben niemals von deutschen Siegen wie von dem von Villarsen erfahren, wo über 100 000 russische Gefangene gemacht wurden.

Aber jede Lüge, mag sie noch so sehr Noillüge sein, fordert ihren Preis, und in diesem Falle ist es ein unvorhergesehener. Generale können ein völlig künstliches Renommee genießen. Sie brauchen dazu keine Schlachten oder Feldzüge zu gewinnen. Die Arbeit wird für sie durch das Pressebureau und die ganze zahme Herde von Sonderberichterstattungen und Presseagenten besorgt. Im Hauptquartier und nicht an der Front wird die Kunst der Camouflage am raffiniertesten betrieben. Eine geschäftige Schar von Publizisten ist unablässig am Werk, die Führer in solchen Farben zu malen, daß sie sich aus der Entfernung wie lauter Napoleons ausnehmen. Schlaue Schotten kommen sehr bald dahinter — hier spielt der Verfasser auf den englischen Feldherrn Haig an —, daß es mehr wert ist, den Bruder des Herausgebers des führenden Blattes im Staate zum Generalfeldprediger zu haben, als die deutsche Front zu durchbrechen, und daß der Besuch eines einflußreichen Zeitungsbesitzers im Hauptquartier einem guten Operationsplan vorzuziehen ist. Kritik und Zweifel gelten außerhalb der Armeen als verdächtig und ungeheuerlich, so wie Meuterei und Ungehorsam in der Truppe selbst. Es ist durchaus überflüssig, einen Krieg zu gewinnen; ein Feldherr bleibt auch dann Stegler, wenn er ihn verloren hat. Das ist keine Phantastik; fast das gesamte deutsche Volk hält Hindenburg auch heute noch für unbesiegt und unbesiegbar. Es glaubt, daß er niemals eine Niederlage erlitten hat, sondern daß er den Kampf abbrechen und kapitulieren mußte, weil Deutschlands Verbündete es im Stich ließen. Trotdes Waffenstillstandes lebt er auch heute noch im deutschen Volke als der Sieger fort, dessen Arm von Dänkirchen bis Kiew reicht. Ehe wir Engländer indes über die Deutschen lachen, tun wir wohl daran, uns zu erinnern, daß unter uns eine Schar sonst ganz vernünftiger Menschen lebt, die der festen Meinung sind, daß der Rückzug der 5. Armee im März 1918 eine geniale strategische Leistung war und daß die von den Deutschen als „Blutbad“ bezeichnete Schlacht an der Somme einen Triumph der Alliierten darstellt, obgleich wir durch sie trotz einer doppelten Uebermacht und ungeheurer Verluste nur wenige Meilen Bodens gewinnen konnten. Joist, dessen Mißgriffe in den ersten Kriegsmomente beinahe zu einer Katastrophe führten, lebt auch heute noch im Herzen der Franzosen als ein Heros fort, trotdem die Untersuchungskommission ihn empfindlich bloßstellte. Kein Zweifel, wäre Haig im April 1918 ins Meer getrieben worden, wie es zuerst den Anschein hatte, man hätte die Schuld einem anderen gegeben, und sein Ruhm hätte in ungerühmter Vläte weiter gestrahlt. Heute herrscht eine neue Lehre, nach der Feldherrn unschuldig sind und nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfen.

Die Politiker kennen natürlich die Wahrheit. Wer sich eine Weile in den Räumen des Obersten Kriegsrates aufgehalten, konnte die Helben ohne ihren göttergleichen Glanz, ohne den funkelnden Schwarm von unterwürfigen Stabsoffizieren, Adjutanten, dienende leistenden Millionärsöhnen, aufwartenden Generalmajoren, Ordnonanzen und Motorfahrern, Sekretären und Köchen; ohne den glühenden Strom offizieller Lobpreisungen, der sie unangeführt umspiegle. Dort konnte man sie in ihrer ganzen tragischen Mittelmäßigkeit und Nacktheit erkennen; nackt, weil ihre schwerfälligen, verrotteten und beschränkten Geister sich in scharfen Debatten mit überlegenen Köpfen wie Hoch und Sonnino rüchaltlos enthielten; tragisch, weil die unfähigen, in den Himmel gehobenen und dekorierten Intriganten mutwillig die ganze hoffnungsvolle Generation unserer Jugend von der deutschen Sichel nieder-mähen ließen. . . .

Am heimlichstesten und nachteiligsten jedoch wirkt dieser hochorganisierte Betrug auf die Generale selbst. Beschleiden und unergänzlich, wie sie von Natur aus gewesen sein mögen, fallen sie über kurz oder lang dem allgemeinen Wahne zum Opfer. Allmächtig müssen sie sich selbst für Kriegspolizist und unerschütterlich halten, da sie es täglich in der Zeitung lesen, mögen sie noch so viele Fehler begehen. So kommt es, daß sie, in dem Glauben, dem Staate einen heiligen Dienst zu erweisen, wenn sie sich im Amte erhalten, vor keinem Mittel zurückweichen. . . .

Die verschiedensten Faktoren, von denen der schon geschilderte große allgemeine Wahn der Schwerwiegendste und gefährlichste ist, nehmen den leitenden Militärbehörden im Kriege jegliche Kontrolle. Die Militärs sind nicht für das Volk da, sondern das Volk lebt oder vielmehr stirbt nur für die Militärs. Sieg oder Niederlage fallen zu sekundärer Bedeutung herab. Was diese mit einer an Absolutismus grenzenden Macht ausgerüsteten Kommando brennendsten interessiert, ist die Frage, „ob der liebe gute Wille“ oder „der arme alte Herr“ an ihre Spitze treten wird, ob die Chanilly-Partei oder die vom Boulevard des Invalides den Sieg davonträgt. Nicht selten ist der Haß zwischen den Kommanden weit stärker als der Haß gegen den Feind. So brachten zum Beispiel die Nachrichten- und die Operationsabteilung im französischen Großen Hauptquartier ihre Zeit damit zu, einander zu betriegen. . . .

Der Verfasser spricht weiter davon, daß auch der deutsche Generalstab „Kaiser und Kaiser als seine Lakaien“ behandelt habe, und stellt dem die Leistung Lloyd Georges gegenüber. „Wohnten unsere Paladine noch so jäh am Amte kleben und noch so schätzprege Wege gehen, Lloyd George fuhr fort, den Krieg als ein Mittel der Politik und den Sieg als den Zweck des Krieges zu betrachten.“

2,5 Milliarden Mark für die Agrarier

Brotpreiserhöhung für die Massen, Liebesgaben für die Agrarier

Die gestrige Reichstagsitzung lieferte einen neuen Beweis für die Eitelkeit des Ministers Hermes, der den Massen täglich neue Lasten aufbürdet und den Agrariern stets neue Liebesgaben bewilligt. Er hat unter offenkundiger Verschweigung wichtiger Tatsachen im Jahre 1920 den Reichstag zur Bewilligung von 1,3 Milliarden Mark für die Verbilligung von Mais für Futterzwecke veranlaßt, später noch einmal eine weitere Milliarde für den gleichen Zweck durchgesetzt und fordert jetzt wiederum fast 2½ Milliarden Mark für denselben Zweck. Diese Tatsachen gaben Genossen Herz zu einer heftigen Kritik an dem leichtfertigen Verhalten des Ernährungsministeriums Veranlassung. Hermes antwortete arrogant wie immer, er suchte er mit einigen eleganten Wendungen den Kernpunkt der Anklagen zu verschleiern, um zu den ihm unbequemen Tatsachen keine Stellung nehmen zu brauchen. Gestern aber mißglückte ihm dieser Versuch. Er mußte zugeben, daß die unerhörten Betrügereien, die Herz behauptet hatte, wirklich vorgekommen sind und daß das Ernährungsministerium bisher nichts gegen sie unternommen hat. Trotzdem aber sollen den agrarischen Betrügern neue 2½ Milliarden ausgeliefert werden.

Mit der gestrigen Debatte ist natürlich diese Angelegenheit nicht erledigt. Sie wird jetzt den Haushaltsausschuß beschäftigen, und auch im Plenum wird man noch Gelegenheit haben, Herrn Hermes als das zu kennzeichnen, was er in Wirklichkeit ist: der zu jedem Liebesdienst gegenüber den agrarischen Ausbeutern bereite Minister.

Sitzungsbericht

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Minuten.

Kleine Anfragen

Abg. Bönenkötter (U. S. P.) fragt an, ob bis zum Oftertermin 1922 die angeforderte einheitliche Regelung der einmaligen Einschulung zu erwarten ist.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß bis zum Oftertermin 1922 die einheitliche Regelung erfolgen wird, eine zweimalige Einschulung verfehlt gegen die Anordnungen des Reichsministeriums des Innern.

Das Klimatums-Verordnungsgesetz wird dem Kriegsbeschädigten-Ausschuß übermietet. Bei dessen Beratung.

5. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1921

erklärt Frau Abg. Annet (S. P. D.): Bei der Beratung dieses Etats mache ich namens meiner Fraktion dem Finanzministerium den Vorwurf, daß es dem Räte der Gewerkschaftsführer nicht gefolgt ist und den Beamten nicht gleichmäßig die Teuerungszuschüsse gewährt hat. Die Empörung der Beamten über das Nichteingetragenen der Regierung ist gerechtfertigt. Mit der Gewährung von widerrücklichen Wirtschaftsbeträgen wird für die Beamten ein neuer Weg beschritten, ob er für längere Zeit gangbar ist, möchte ich stark bezweifeln. Meine Fraktion gibt keine endgültige Erklärung ab, ob sie sich dieser Regelung anschließen wird. Wir behalten uns vor, unsere Stellung im Ausschuß kurzlegen. Voraussetzung zu der Zustimmung ist, daß der Finanzminister mit größter Beschleunigung eine völlige Aenderung der unteren und mittleren Beamtengehälter vornimmt. Beim Haushalt des Reichsernährungsministeriums beanstandet meine Fraktion die hohe Forderung zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke. Wir verlangen von der Regierung die Auskunft, wieweit das Umlagegetreide eingegangen ist, welche Bezirke im Rückstand sind und in welchem Umfange die Strafmaßnahmen angewandt sind.

Abg. Herz (U. S. P.):

Wir haben heute, abgesehen vom Getreide, eine völlig freie Wirtschaft. Alle betriebligen Fesseln, die bisher bei der Erzeugung und Verteilung aller Lebensmittel bestanden, sind gefallen. Als die Zwangswirtschaft beseitigt werden sollte, wurde der Bevölkerung die Zuficherung gegeben, daß durch die Beseitigung aller behördlichen Schranken die Ernährungsvhältnisse besser würden. Diese Zuficherung ist nicht erfüllt worden. Wenn wir uns die Tagungen der großen landwirtschaftlichen Organisationen betrachten, dann haben wir die Erklärung für das völlige Verlegen unserer einheimischen Erzeugung. Auf der Tagung des Brandenburgischen Landbundes sowohl wie auf der des Reichslandbundes ist nichts von dem Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein zutage getreten, von dem die Rechte hier im Hause so oft spricht. Ein Demokrat hat vor kurzer Zeit erklärt, daß er sich für die freie Wirtschaft nicht mehr aussprechen könne, da die Landwirtschaft jedes Verantwortungsgelübde vermissen lasse, das die Voraussetzung für die freie Wirtschaft sei. Als man vor einigen Monaten begann, von dem großen Hilfswert der Landwirtschaft zu sprechen, wurde von den Landwirten an die Spitze dieser Aktion das von allen Parteien des Hauses anerkannte Wort von der Steigerung der einheimischen Produktion gesetzt. Als einige Wochen Diskussion über das Hilfswert ins Land gegangen waren, wurden die Herren vom Reichslandbund deutlicher. Sie schoben nicht mehr in den Vordergrund den Gedanken, die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands zu fördern, sondern sie stellten Bedingungen für diese leistungsfähliche, ihnen durch die Verfassung auferlegte Tat. Sie forderten die Verbilligung der Umlage, die Beseitigung des Achtstundentages, der Tarifverträge, eine Aenderung der Finanzpolitik der Regierung, die Steuerfreiheit der Landwirte. Auf den Tagungen der landwirtschaftlichen Organisationen sind die schärfsten Bedingungen aufgestellt worden, man hat die Erfüllung, der vom Reichstag erst zu beschließenden Steuerergesse abgelehnt, insbesondere der Zwangsanleihe.

Selbst wenn man kein Freund von Eingriffen des Reiches in die Wirtschaft ist, und zugibt, daß in heutiger Zeit gewisse wirtschaftliche Bedenken gegen solche Zwangseingriffe sprechen, so werden doch solche Eingriffe durch die Gewissenlosigkeit des Verhaltens der Agrarier notwendig. (Lachen rechts. Zuruf: Rummert euch um die jüdischen Schieber!) Wer war es denn, der hier vor wenigen Wochen der notwendigen Abschätzung des Getreides widersprochen hat, durch welches Schieber und Wucherer öffentlich angeklagt werden sollten? Sie (nach rechts) waren es, die das Gesetz verhindert haben, Sie haben sich damals schweigend vor die Wucherer und Schieber gestellt! Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein paar Worte über

die gewalttätige Steigerung der Getreidepreise

sagen, die wir in den letzten Wochen schauernd miterlebten. Eine Ursache besteht in der fortwährenden Entwertung unserer Mark, die zweite darin, daß der Weltmarktpreis für Getreide, insbesondere infolge der Nachfrage in Amerika und Argentinien stark angezogen hat. Der Nachtragsetat enthält eine Denkschrift über Reichszuschüsse zur Brotgetreidewirtschaft. Der Abbau der Zuschüsse zur Verbilligung des Brotgetreides ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Dadurch wird der Getreide- und Brotpreis nicht größer, sondern kleiner. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich sagen, daß die Steigerung des Getreidepreises um wenige Cent in Amerika, bedeutet bei unserer entwerteten Mark eine Steigerung um Hunderte von Mark.

Bei der Durchsicht des Nachtragsetats habe ich zu meinem großen Entsetzen gesehen, daß beim Etat für das Ernährungsministerium 2 350 000 000 M. zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke nachgefordert werden. Die Maisaktion, von der das

Ernährungsministerium ursprünglich behauptet hatte, daß sie einen volkswirtschaftlichen Nutzen in großem Umfange darstelle, kostet uns jetzt nahezu fünf Milliarden Mark, denn 1920 sind 1 325 000 000 M. und 1921 1 044 000 000 M. angefordert worden. Diese ungeheuren Summen sind gefordert worden, obwohl unsere Finanzen trostlos sind, obwohl wir durch mühseliges Steuerflücheln versuchen, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, obwohl die Kräfte der Arbeiter auf das äußerste angepannt werden. Diese Zuschüsse werden aber auch gefordert, obwohl die Entente durch die Reparationskommission Deutschland die Verpflichtung auferlegt hat, keine Verbilligungszuschüsse abzugeben. Bezüglich der Verbilligungszuschüsse für Brotgetreide ist die Regierung dieser Forderung restlos nachgegeben.

Die Tatsache, daß dort, wo durch die Zuschüsse für die schwerleidende Bevölkerung eine kleine Erleichterung geschaffen werden könnte, diese abgebaut werden, dort aber, wo sie einen noch größeren Gewinn bedeuten, erhalten bleiben, erzeugt die größte Empörung der Bevölkerung.

Durch diesen Abbau tritt eine starke Gefährdung der Lebenshaltung des einzelnen ein. Durch die Einschränkung der Lebenshaltung des einzelnen leidet die Volksgesundheit. Es ist Raubbau am wertvollsten Gut, an der menschlichen Arbeitskraft. Als 1920 im Nachtragsetat die Regierung die ersten 1,3 Milliarden Mark für die Maisverbilligung anforderte, hob sie damals zur Begründung dieser Maßnahme hervor, es sei damit möglich, die Schweinemast zu heilern und durch diese Steigerung könnte man den einheimischen Fleischbedarf decken. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Die Vereinigung der deutschen Landwirte wollte diese Maisaktion auf eigene Faust unternehmen und hatte einen Abschluß von einer Million Tonnen Mais gemacht. Da sie allein aber diese Aktion nicht durchführen konnten, haben die Herren Agrarier, die jeden Einatiff des Staates in ihre Rechte abgeben, sich an den bankrotten Staat gewendet und ihn um die Mittel angebettelt, die sie vor dem Ruin stützen sollten. Das Skandalöse ist die Tatsache, daß die Volkserziehung einem soch unverantwortlichen Wunsch Rechnung getragen hat. Entweder hat man damals aus grenzenloser Dummheit oder aus grenzenlosem Leichtgläubigkeit gehandelt. Die Begründung des neuen Nachtragsetats widerlegt in allen wesentlichen Punkten den früher in den Denkschriften 1920 und 1921 gemachten Angaben. In der ersten Denkschrift heißt es, daß der Vertrag mit der Vereinigung der deutschen Landwirte schon abgeschlossen war. In der jetzigen Denkschrift heißt es plötzlich, daß die unzulässige Preisentwicklung die Ursache der neuen Forderung ist. Wenn ein Vertrag abgeschlossen war, so war doch mit dem Vertrag auch der Preis festgelegt und man mußte doch auch Kenntnis über die Gesamtsumme gehabt haben, die zur Durchführung der Aktion notwendig gewesen ist. Woher kommt aber die Notwendigkeit der neuen Forderung? Die Spähen pfeifen es von den Dächern:

Es sind ungeheuerliche Betrügereien zahlreicher Großagrarier,

denen die Reichsregierung hierbei zum Opfer gefallen ist. Zahlreiche Großagrarier haben ihre Lieferungsverpflichtung zur Umlage zu gering angegeben. Diese Betrügereien gehen Hand in Hand mit der Sabotage, die die Landwirte bei der Zwangswirtschaft getrieben haben. Zahlreiche Großagrarier haben das Ablieferungsloß auf nur einen Bruchteil des wirklich abzuliefernden Betrages heruntergedrückt. Die Reichsregierung hat, um die Dinge nachzuprüfen, diesen Landwirten die Maislieferungen gemährt. Ich erinnere hier an die Rede des Kollegen Schmidt-Cöpenick, die dieser vor dreiwertel Jahren bezüglich des betrügerischen Vorgehens der Großagrarier gehalten hat. Der Minister Hermes hat damals hier im Reichstag von diesen Erklärungen Kenntnis genommen. Er hat vom Kollegen Schmidt-Cöpenick Material erhalten, soweit ich weiß. Es sind neun Monate vergangen, aber Herr Hermes hat noch nicht die Möglichkeit gehabt, die Betrüger zu bestrafen, die Reichskasse vor neuen Verlusten zu bewahren. Ich glaube, daß da jetzt nach fast einem Jahre noch nicht eine einzige Bestrafung vorgenommen worden ist, die Prozesse gegen die betrügerischen Agrarier so auslaufen werden, wie der gegen Philipp von Sulenburg, auf den wir jetzt noch warten. Wir, die Volkserziehung, sollen diese vorgekommenen Betrügereien gefählich sanktionieren. Wenn die Kritik an dem Reichsernährungsminister Hermes damals ihre Berechtigung hatte, so hat sie jetzt noch mehr. Wir haben heute noch mehr Verantwortung, diese Forderung abzulehnen und eine ganz genaue Untersuchung darüber zu verlangen. Ich erkläre mich bereit, in dem Ausschuß zu beweisen, daß die volkswirtschaftlichen Vorteile, die man bei der erstmaligen Forderung für die Maisaktion angeführt hat,

nur vorgefälscht waren.

Es ist nicht gelungen, die einheimische Getreideerzeugung zu heben, es ist nicht gelungen, durch eine Schweinemast unseren Fleischbedarf selbst zu decken. Die Denkschriften widersprechen sich. Nicht nur innenpolitische Gesichtspunkte leiteten die Fraktion, die auf die Verbilligung der Verbilligungszuschüsse für Mais bestanden. Man konnte sich glauben, daß die Deutschnationalen auf diesem Umwege außenpolitische Komplikationen herbeiführen wollen (Hört! Hört! — Lachen rechts). Der Abbau der Zuschüsse geschieht auf die Forderung der Entente. — Die Deutsche Volkspartei hat beim Abschluß des Steuerkompromisses sachliche und persönliche Garantien verlangt. Was heißt das? Trotz der Unbestimmtheit der Formulierung haben diese keinen Zweifel darüber gefaßt, daß ihre persönlichen Garantien sich auf die Belegung der wichtigen Verwaltungsposten des Reiches beziehen. Die Forderungen auf die sachlichen Garantien gehen dahin: die Vergebung von Reichsgeldern zu verhindern. Hier haben Sie (nach rechts) beides, hier haben Sie einen Punkt, an dem Sie persönliche Garantien verlangen können, indem Sie die Unterzeichnung demjenigen Mann entziehen, der leichtfertig Reichsgelder in Milliardenbeträgen verschwendet hat. Hier haben Sie die Möglichkeit, eine sachliche Garantie zu erhalten, indem Sie, wie wir, diese Forderung ablehnen.

Abg. Schiele (Dn.) verteidigt aufs wärmste die Landwirtschaft. In diesem Jahr sind nur 300 000 Zentner Kartoffeln zu Spiritus verbrannt worden. Ein infolge des Achtstundentages auf der einen Seite und des Eisenbahnerstreiks auf der anderen ist es verhindert worden, daß die Kartoffeln in gesunder Form an ihren Bestimmungsort gelangten. (Widerspruch links.) Wir wollen unsere Landwirtschaft vom Feindband befreien, wir wollen ihr die Freiheit wiedergeben.

Abg. Höflein (Komm.) geht in längeren Ausführungen auf den Eisenbahnerstreik und die Maßregelungen ein.

Reichsernährungsminister Hermes:

Auf die Anfrage des Abg. Annet erwidere ich, daß das Ergebnis der Umlageabfertigung ein befriedigendes ist. Ich nehme dabei die Gelegenheit wahr, der Landwirtschaft für dieses Verdienst den Dank des deutschen Volkes auszusprechen. (Stralol rechts, Lachen links.) Ich halte als Ziel daran fest: völlige Rückgabe der Bewegungsfreiheit an die deutsche Landwirtschaft. (Lärm.) Diese wichtige Frage wird aber jetzt bei der völligen Angefährdung der außenpolitischen Lage nicht entschieden werden können. Ich werde aber darauf hinwirken, daß die endgültige Regelung mit zünftiger Beschleunigung herbeigeführt wird. Zu den Bemerkungen des Abg. Herz über die Maisaktion erwidere ich folgendes: Abg. Herz hat hier das Wort von grenzenlosem Leichtgläubigkeit gebraucht. Wer so leichtfertig mit solchen Angaben bei der Hand ist wie der Abg. Herz es mehreremal war, hat das Recht verlohren, anderen Menschen Verantwortlichkeit vorzumwerfen, hat das Recht verlohren, daß man ihm ernsthaft widerpricht. Entgegen seinen Ausführungen bemerke ich, daß die Schweinemastaktion in Angriff genommen und auch durchgeführt worden ist. Es sind

Maßverträge über 140 000 Schweine abgeschlossen, die jetzt den Großstädten geliefert worden. Sie sollen billig abgegeben werden an Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Sozialrentner und Rinderbesitzer. Ferner hat er behauptet, daß durch den Vertrag der Vereinigung der Landwirte die Maisaktion veräußert ist. Nach seiner Darstellung kann man einen Vertrag ohne Preisbindung nicht treffen. Der Maisvertrag hat mit der Verbilligungszuschüsse nur zum Teil zu tun. Die jetzt nachgeforderte Summe findet ihre Begründung tatsächlich in der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung. Was die Betrügereien von denen der Abg. Herz sprach, antworte ich nicht an, zu erklären, daß zahlreiche Mißstände vorgekommen sind. Die Reichsregierung hat auf meine Anordnung die genaue Prüfung zahlreicher Kommunalverbände veranlaßt. Die Nachprüfung wird natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine nicht unerhebliche Zahl der Aussteller für die Bezugsheine für verbilligten Mais ist nicht mit der Verantwortung vorgegangen, wie man es erwarten durfte. Diese Aussteller von Bezugsheinen werden ihrer Bestrafung zugeführt werden.

Abg. Bogt (D. Dpt.) unternimmt einen „Versuch zur Ehrenrettung“ der Landwirte.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Schmidt-Cöpenick und Lind erklärt der

Abg. Herz (U. S. P.): Ich halte an meiner sachlichen Ausführungen fest, die auf Denkschriften der Reichsregierung beruhen. Ich behalte mir vor, in den Verhandlungen des Haushaltsausschusses ihre Richtigkeit zu beweisen.

Der Nachtragsetat wird an den Haushaltsausschuß verwiesen. Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in zweiter Beratung werden die Verbesserungsvorschläge unserer Genossen sowie die der Reichslisten abgelehnt. Das Gesetz wird mit den Zusatzanträgen des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. — Tagesordnung: Abstimmung über die Mietzinsbildung, Förderung des Wohnungsbaues, Haushaltsplan.

Preussischer Landtag

Dienstag, 21. Februar 1922

Die Beratung der Anträge der Deutschnationalen bis zu den Rechtssozialisten, betreffend die Erhöhung der außerordentlichen Zuwendungen für technische Beamte der Bergverwaltung und der Begehren für untere und mittlere Bergbeamte wird von der Tagesordnung abgelehnt, da das Präsidium diesen Punkt ohne Aussprache erledigen zu können glaubte. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion konnte diesem Vorgehen nicht zustimmen, da auf Kosten der Allgemeinheit den Beamten nicht besondere Vorteile gewährt werden dürfen, die letzten Endes durch eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft der Bergarbeiter wieder eingebracht werden müssen.

Auffussetat

Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. Haensch (S. P. D.) polemisiert in scharfer Weise gegen die Ausführungen der Redner des Zentrums und der Deutschnationalen. Entgegen dem früheren Grundsatz der Erziehung: „Jedes für sich und Gott für uns alle“ muß zu dem Grundgedanken übergegangen werden: „Einer für alle und alle für einen!“ Diesem Grundgedanken muß der Unterricht in den Volksschulen sowohl wie an den höheren Lehranstalten und den Universitäten dienlich gemacht werden. Das alte System hat es verstanden, die Schule einseitig für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Es ist notwendig, den Klassenkampf zu führen zur Befreiung der Klassen und damit zur Erreichung des Klassenfriedens.

Abg. Dölge (Dn.) verweist auf die Schwierigkeiten der Koalitionspolitik und hält dem Minister Versprechungen entgegen, die er als Abgeordneter gemacht hat. Wir erstreben eine Aenderung der Staatsform nur mit gesetzlichen Mitteln.

Abg. Randsmeyer (D. P.) will unter allen Umständen den Religionsunterricht in den Volksschulen erhalten wissen. Die Kirche ist untrennbar vom Staat und der Schule.

Der Kultusminister Dr. Voelckh erklärt sich mit der Pflege des Staatsgedankens einverstanden und sagt: Wir wollen unsere Ideale dem heutigen Staat einflößen (lll), alles andere wird der Entwicklung überlassen bleiben müssen. — Dr. Bredt (N. B.) und Prelle (Dn., Hann.) treten für die Pflege des Religionsunterrichts ein.

Bei der Einzelbesprechung des Abschnitts der Universitäten, technischen Hochschulen und ähnlichen Anstalten verließen die Rechtsparteien, die politische Haltung der Lehrkräfte an den Universitäten und Hochschulen zu rechtfertigen und treten für die Erhaltung der Vorrechte der sogenannten „wissenschaftlichen Bildung“ ein.

Die während der vorgenommenen Abstimmung über die Anträge der unabhängigen und kommunistischen Fraktionen über den Eisenbahnerstreik ergab mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten die Ablehnung der Anträge.

Abg. Dr. Wenl (U. S. P.):

Die Beratungen über den Titel „Universitäten“ sind durch die Vertreter der Rechtsparteien eine einzige Lobeshymne auf all das geworden, was in den Universitäten heute ist. Wir können in diese Verherrlichung nicht einstimmen. Ist aber an den Universitäten der deutsche Geist so überwältigend groß und mächtig, warum dann die Angst vor dem Ausländer, der hier ein Plätzchen zum Lernen sucht. Sollte es zureifen, daß es im Ausland für einen deutschen Studenten nicht möglich ist, doch an der Quelle der Wissenschaften zu sitzen, so sollten wir großmütiger sein als die andern und den Ausländern in weitestgehendem Maße entgegenkommen. Aber es muß in diesem Zusammenhang hier doch darauf hingewiesen werden, daß man in Deutschland noch nicht einmal eine Stelle an den Universitäten hat, von der aus ein Professor Ricca und ein Friedrich Wilhelm Foerster ihre wissenschaftliche Arbeit ausführen könnten. Der Haß gegen die Ausländer, der besonders in der Deutschnationalen und der deutschvölkischen Rede wieder zum Ausdruck kam, macht sich bezeichnenderweise nur geltend gegenüber den ausländischen Lernenden. Den Quälern gegenüber war von dieser Einstellung nichts zu merken.

Worauf gründet man eigentlich noch eine akademische Heberlichkeit gegenüber der ganzen Welt? Sollte die Liebe die diener, die sich besonders gegenüber Wilhelm II. aus Unverstandenes geltend machte, der Gierl dieses Idealismus sein, so ist das kennzeichnend für diese Richtung. Nun sind zwar die Hohenzollern fort,

aber die kaiserliche Leibgarde ist leider noch da.

Ein Professor Strug ist abstrahendes Beispiel für diese Sorte teuflicher Männer, die sich einen Haken als Wappenstein wählen sollten. Daß die Studenten dieser Geistesart heute an allen deutschen Hochschulen den schlimmsten Terror üben, ist natürlich. Sie sind so auch die Geistesführer der Deutschnationalen an der Berliner Universität, und unter Duldung des Rektors hat man sich im „Deutschen Hochschüler“ eine Organisation geschaffen. Wir können die Triebkräfte zu dieser Haltung. Mit dem vielgerühmten Idealismus hat sie allerdings nicht das geringste zu tun. Es ist das Streben nach vollständiger Freiheit zur Belegung aller Krippen.

Die jüdischen Krankenhäuser Berlins müssen mehr als das bisher geschehen ist, als Lehrstätten für die Medizin Studierenden genützt werden. Denn dort ist wertvolles wissenschaftliches Material. Heute stehen dem allerdings leider noch die amtlichen Stellen entgegen, die Fakultäten können die größten Schwierigkeiten zu machen. Mehr Verantwortlichkeit für die Zukunft, besonders in der Hochschulpolitik, ist dem Ministerium dringend zu empfehlen, und wir fordern, daß diese Verantwortlichkeit getragen werden sollte vom Verständnis für die Wünsche der Arbeitenden. Dann würden wir sich erfüllen sehen, was hochvalante anknüpfte, daß endlich die Wissenschaft und die Arbeiter mehr und mehr eins werden.

Fortsetzung der Besprechung am Mittwoch.

Obstruktion des Bürgerblocks im Rathause

Die schwankende Mehrheit

Gestern haben die bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung wieder einmal gezeigt, daß sie im Rathause eine reine Machtpolitik, geführt auf ihre Mehrheitsmehrheit, treiben wollen. Es war gestern der erste Fall, daß die bürgerlichen Parteien, die drei Arbeiterparteien nahezu vollständig anwesend waren, während auf der rechten Seite des Hauses große Lücken blieben. Nachdem sich bei einigen Abstimmungen durch Ausschaltung der abgegebenen Stimmen ein erheblicher Vorsprung der linken gegenüber der rechten Seite herausgestellt hatte, führten die bürgerlichen Parteien bei Beratungsgegenständen, an deren Erledigung in ihrem Sinne sie ein erhebliches Interesse hatten, durch Obstruktion die Beschlußfähigkeit des Hauses und damit den Schluß der Sitzung herbei. Diese Beratungsgegenstände waren einige Anträge über Schulfragen, also ein Gebiet, auf dem das Bürgertum unter allen Umständen keine Interessen durchsetzen und eine Machtpolitik auf der Grundlage der allerdingen schwankenden Mehrheit führen will.

Als die sozialistischen Parteien die einseitige Behandlung des Präsidiums durch die bürgerlichen Parteien zum Anlaß nahmen, um zweimal die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen, da ging ein gewaltiger Sturm der Entrüstung durch den Pläzierung der bürgerlichen Presse: die linke Seite wolle jede kommunalpolitische Arbeit unmöglich machen, sie lehne ihr eigenes Parteinteresse über das Interesse der Gesamtbevölkerung, das ein möglichst reibungsloses Arbeiten im Rathause fordere und was dergleichen Redensarten mehr waren. Gestern Abend zeigte sich nun, wie unerschrocken und hoch diese ganze Entrüstung war. Das Bürgertum zeigte, daß es gar nicht an praktische Arbeit im Interesse der Gesamtbevölkerung Berlins denkt, sobald es sieht, daß sich die Mehrheitsverhältnisse in einer Sitzung zu seinen Ungunsten verschoben haben.

Bis zu dem plötzlichen Abbruch der Sitzung wurden eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. Darunter ist besonders erwähnenswert die Vorlage über die Verteilung der Sachverhalte als Mittel für die Bezirke für das Etatsjahr 1921. Der Magistrat hat in seiner Vorlage dieser Verteilung einen sehr vernünftigen Schlüssel zugrundegelegt. Da die Vorhaltsmittel nur allem denjenigen Bezirken zugute kommen sollen, die große soziale Aufgaben zu erfüllen haben, hat man die Zuweisung der Mittel nach der Anzahl der im Bezirke vorhandenen Gemeindeglieder, als einem höchstens Maßstab für die Größe der minderbemittelten Bevölkerung bemessen. Die bürgerlichen Parteien verhielten sich einem Antrag der Deutschen Volkspartei die Magistratsvorlage zu Fall zu bringen. Genosse Kaditzke setzte sich für die Vorlage ein, die dann auch in der Abstimmung angenommen wurde. Der Antrag der Deutschen Volkspartei wurde mit 83 gegen 79 Stimmen abgelehnt. In einer längeren Debatte führte die Vorlage über die Aufstellung von Grundflächen für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen an ehrenamtlich tätige Bürger. Die interessierten Kreise versuchten natürlich durch eine verjüngliche Fassung dieser Grundfläche zu erreichen, daß sie in den Expeditionen ungeschammt Interessentpolitik treiben können. Demgegenüber hatte der Ausschuss vorgeschlagen, daß ehrenamtlich tätige Vertreter grundsätzlich sich nicht an Aufträgen beteiligen dürfen, die in den Aufgabenskreis fallen, in dem sie selbst ehrenamtlich wirken. Die Deutsche Volkspartei stellte einen Änderungsantrag, der die Geschäftsleute, die gleichzeitig kommunale Ämter bekleiden, lediglich von der Abstimmung über die Verleihung von Aufträgen entfernt wissen wollte. Dieser Antrag, der der kommunalen Korruption Tür und Tor geöffnet hätte, wurde von unseren Genossen Wendt und Zubeil unter Hinweis auf die unter der bürgerlichen Verwaltung entstandenen Mißstände energisch bekämpft. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt und die Fassung des Ausschusses mit 87 gegen 81 Stimmen angenommen.

Die Beratung des kommunalen Antrages über die Unterstützung der Sozialrentner und Arbeitslosen in der im Ausschuss hatte den Vorschlag ergeben, den Magistrat zu ersuchen, auf die zu erwartende gesetzliche Regelung angemessene Zuschüsse zu zahlen, um auf diesem Wege die dringendste Not

dieser Bevölkerungsschicht zu lindern. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Magistratsvorlage über eine beträchtliche Erhöhung der Bäderpreise in den städtischen Badeanstalten wurde ebenfalls Gegenstand einer lebhafte Aussprache. Genosse Clajus setzte sich für eine nochmalige Ausschussberatung ein, um zumindest erleichternde Bedingungen für Arbeiterbäder zu schaffen, Schulkinder usw. zu schaffen. Die SPD. stimmte jedoch mit den bürgerlichen Parteien zusammen unseren Antrag nieder. Der Antrag unserer Fraktion, die städtischen Schwimmhallen für den obligatorischen und fakultativen Schwimmunterricht der Gemeindeglieder der Lohnlosen zu überlassen, wurde mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien desentrums und einzelner Demokraten angenommen, die Magistratsvorlage über die Erhöhung der Preise wurde gegen die Stimmen unserer Partei und der Kommunisten angenommen.

Auch in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab es wieder einige zum Teil sehr erregte Geschäftsordnungsdebatten. Die eine, zu Beginn der Sitzung, in der Genosse Müller für unsere und Stadtverordneter Böhr für die kommunistische Fraktion sehr scharf das Abstimmungsverfahren des Vorsitzers Caspari in der letzten Sitzung bei der Verabschiedung der Tarifserhöhungen kritisierten. Die andere Geschäftsordnungsdebatte entstand aus der Feststellung des Genossen Ulrich, daß bei Gelegenheit einer Ausschaltung der Stimmen ein bürgerlicher Stadtverordneter der linken Seite drei Stimmen zu wenig anrechnete, als tatsächlich abgegeben worden waren, und aus der Tatsache, daß der Vorsteher-Stellvertreter Dr. Meyer zuerst die linke Seite des Hauses abstimmen ließ, weil die rechte noch nicht vollständig im Saale war. Dieses unglückliche Verfahren wurde von den Genossen Kaditzke und Zubeil gebührend scharf kritisiert. Der Stadtverordneter Heilmann (SPD.) schlug vor, künftig bei Ausschaltungen jedesmal zwei Stadtverordnete von beiden Seiten des Hauses zählen zu lassen. Der Vorsteher Caspari führte über diesen Antrag keine Abstimmung herbei, weil er erklärte, das bleibe ganz ihm überlassen. Mit dem plötzlichen Abbruch durch die Obstruktion des Bürgerblocks fand dann die Sitzung ein vorzeitiges Ende.

Die Not der Lehrkräfte an den Privatschulen

Das Elend des akademischen Proletariats

Wir erhalten folgende Zuschrift: Da die heutigen Schulgebühren selbst bei höchster Belustigung einer Privatschule nicht hinreichen, um den Lehrkräften das Existenzminimum zu verschaffen, so haben Staat und Stadt, in der Einsicht, daß ihnen durch beratungsbereite Schulen die Sorge um Millionen Erziehungsberechtigter abgenommen wird, beschlossen, durch Zuschüsse vom 1. April 1921 an das Gehalt der Lehrkräfte auf 80 Prozent des Gehalts einer städtischen Lehrkraft zu erhöhen. Eine Auszahlung ist bisher, also 11 Monate hindurch, nicht erfolgt.

Nach unendlichen Bitten und Betteln wird hier und da ein Späterlein gewährt. Meiden sind's die niemand der Not entziehen können und die immer erst dann gewährt werden, wenn der Effektivwert des Gehaltes sich der Null genähert hat. Eine

Montag, den 27. Februar 1922, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungsraum, Eingang Königt.,

Konferenz

der Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder

Tagesordnung:

Unser Kommunalprogramm

Referent: Stadtrat Dr. Herz-Spandau

Die Mitglieder der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes nehmen an der Konferenz teil und sind hiermit eingeladen

Oberlehrerin, die langjähriges Studium hinter sich hat, bekommt z. B. nach sechsjähriger Tätigkeit 525 M. Monatsgehalt! Davon soll sie sich so ernähren, daß die Schaffensfreudigkeit und Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Ist Meie, Heizung und Belüftung zahlen und sich anständig kleiden. Die Kräfte, bei Unterernährung notwendigst zusammengehalten, drohen zusammenzubrechen. Wenn jetzt nicht schnellstens geholfen und endlich einmal wirklich ernst gemacht und das Bewilligte gezahlt wird, so werden sich die Krankenhäuser der Stadt mit vor Hunger irrsinnig gewordenen Lehrkräften, denen Staat und Stadt 11 Monate nicht ihr Gehalt ausgezahlt haben, füllen.

Man sollte doch meinen, daß es in den Ministerien und im Stadthaus genug Einflüchtige geben müßte, die sich mit ihrer ganzen Person dafür einsetzen, daß die bewilligten Nachschüsse den Lehrkräften an den Privatschulen endlich ausgezahlt werden.

Einmal wöchentliche Schulreinigung

Von einem Schularzt wird uns geschrieben: Der Magistrat beabsichtigt, die Schulen in Zukunft nur einmal in der Woche reinigen zu lassen. Ich möchte dem Magistrat empfehlen, sich durch unparteiische Ärzte, Magistratsmitglieder und Bauhandwerker einmal über den Stand der Reinigung in den Schulen zu informieren. Die Kinder bringen von der Straße und vom Schulhof Schmutz ins Schulhaus. Hier trocknet der Schmutz, und bei vollem Betrieb wirbelt dann der Staub in Klassen, Fluren und Treppen. Daß dies gesundheitslich schädlich ist, liegt auf der Hand. Sogar bei täglicher Reinigung bildet sich viel Staub. Wenn nun gar Vertreibungen in den Klassen oder auf den Aborten vorlämen, soll da auch nur einmal in der Woche gereinigt werden? Sollen die Schulen Bruchstätten von Ungeziefen und Krankheiten werden? Das würde sich an dem Gesundheitszustand der Kinder und Lehrer bitter rächen. Die Vertreibung der Schularzt Goh. Berlin wird sich sehr gern bereit sein, Einsparnisse im allgemeinen Interesse zu erzielen, aber so wie der Magistrat sich es vorstellt, geht es wirklich nicht.

Die vernachlässigten Berliner Turnhallen

Die Lehrerkammer der Stadt Berlin hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag angenommen, in dem folgenden gefordert wird: Befreiung sämtlicher Turnhallen von den zur Zeit noch darin untergebrachten Veranstaltungen nichtturnerischer Art und Bereitstellung ausreichender Trennstöße zur regelmäßigen Benutzung, Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung aber bis jetzt aus Mangel an Geld zurückgestellten Instandsetzungen und Ergänzungsarbeiten an Turn- und Spielgeräten; Beschaffung von vollständigem Gerät; Ersatz der durch Alter undbrauchbar werdenden Geräte in einem bestimmten Verhältnis zur Abnutzung; Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der Turnhallen durch Wiedereinführung und regelmäßige Verwendung von handbindendem Del; Bewilligung von Mitteln zur Ausführung der bisher zweimal im Jahre vorgenommenen Kontrollarbeiten an allen Geräten durch die Handwerker.

Zwangsräumung von Vorderwohnungen

Die Streitigkeiten zwischen Hausbesitzern und Hausrentnern wollen kein Ende nehmen. Sie haben ihre Ursache fast ausschließlich in zu geringer Entlohnung des Portiers. Infolgedessen führt der Hausrentner, was man ihm nicht verdenken kann, die Hausarbeit nur sehr mangelhaft aus. Die meisten Hausrentner haben immer noch keinen Mietvertrag, sondern einen Arbeitsvertrag mit zweiwöchiger Kündigung. Können daher im Falle der Kündigung des Arbeitsverhältnisses auch aus der Wohnung herausgeworfen werden, besonders nach vorübergehender Räumung beim ordentlichen Gericht, wenn es das Mietverhältnis genehmigt. Um Härten und einseitige Streikauflösungen seitens der Hausbesitzer zu vermeiden, sind die Mietverhältnisse der Vorderwohnungen zu der Praxis übergegangen, die Räumung der Vorderwohnung nur dann zu genehmigen, wenn die Mehrheit der Mieter ihr schriftliches Einverständnis damit erklärt.

Neuer Kattenseldung im März. Um den durch Katten verursachten erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen und Gesundheitsgefährdungen vorzubeugen, hat der Polizeipräsident auf Grund der Polizeiverordnung über Durchführung der Kattenentilgung vom 15. Oktober 1921 bzw. 10. Februar 1922 für Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 28. März, eine erneute allgemeine Kattenentilgung in Berlin angeordnet.

Im Herbst Betriebseröffnung auf der Nord-Südbahn. Unter dem Vorbehalt der Stadtverordneten Gronewald tagte im Berliner Rathaus der Stadtverordnetenaußschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Fertigstellung der Nord-Südbahn. Nach längerer eingehender Beratung wurde be-

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Stetig autorisierte Übersetzung von Hugo Schell

Internationales Copyright 1922 in U.S.A. & Co., Berlin

(1. Fortsetzung)

„Wie heißt du?“ fragte sie mich.
„Gar nicht heiß ich.“
„Du hast doch einen Namen?“
„Kein.“

„Na, laß die Dummheiten, sonst seht es Brüllgel!“
Ich wußte auch ohnedies, daß es Brüllgel sehen würde, und so antwortete ich ihr nicht erst. Sie schaute wie eine Rahe und schlich geräuschlos wie eine Rahe davon.

Zwei Lampen wurden angezündet — wie ein Paar Riesenaugen hing die großen, gelben Lichter an der Decke, schienen hingelockt zueinander hinzustreben und blendeten mich.

„Laß uns Karten spielen!“ sagte jemand in der Saale.

„Wie denn? Ich habe doch nur einen Arm!“

„Aha — den anderen hat man dir abgehaut!“

Weil er Karten gespielt hatte, schnitt man ihm den Arm ab! Und was wird man mit mir anstellen, denn man mich ganz kalt macht?

In den verbrühten Händen verspürte ich ein Ferren und Reizen, als ob jemand die Knochen aus dem Fleisch herauszöge. Vor Angst und Schmerz begann ich still zu weinen, und damit man die Tränen nicht sah, schloß ich die Augen. Aber die Tränen hoben die Lider empor und tannen mir über die Schläfen in die Ohren.

Die Nacht brach an. Alles lag unter den grauen Decken und schlief, immer stiller und stiller wurde es. Nur in der einen Ecke schlüßerte noch jemand:

„Es kommt nichts dabei heraus, er ist ein Taugenichts und sie ein Hiltchen.“

Ich dachte daran, an die Großmutter zu schreiben — sie solle doch kommen und mich heimlich aus dem Krankenhaus weghringen, solange ich noch am Leben wäre. Aber ich hatte kein Papier, und ich konnte ja auch nicht schreiben, meine Hand war verbrüht. Soll ich's mit der Faust versuchen?

Die Nacht wurde immer stiller und unbeweglicher, als wollte sie für alle Ewigkeit erstarren. Ich steckte die Beine ganz vorsichtig aus dem Bett heraus und schlich nach der Tür hin. Der eine Flügel war nur angelehnt, und ich trat auf den Korridor. Dort saß auf einer Holzbank, gerade unter der

Lampe, eine Gestalt mit einem grauen, raffenenden Igelkopfe. Die dunklen Augenhöhlen waren gerade auf mich gerichtet — ich konnte mich nicht mehr in Sicherheit bringen.

„Wer treibt sich da noch herum? Komm' einmal her!“

Die Stimme klang leise und hatte nichts Schreckhaftes an sich. Ich trat näher und sah in ein rundes Gesicht, das gleichfalls ganz mit Igelstacheln besetzt war, nur daß diese hier kürzer waren als die auf dem Kopfe und nicht so nach Art einer silbernen Strahlenglorie abstanden. Am Gürtel des Mannes hing ein Schlüsselbund — hätte er einen langen Bart gehabt und langes Haar, so wäre er dem Apostel Petrus ganz ähnlich gewesen.

„Bist du nicht der mit den gekochten Händen? Was schleichst du hier in der Nacht herum? Wer hat dir das erlaubt?“

Er blies mir eine mächtige Qualmwolke gegen Brust und Gesicht, legte seinen warmen Arm um meinen Nacken und zog sich zu mir heran.

„Fürchtest dich wohl, was?“

„Ja, ich fürchte mich!“

„Hier fürchten sich alle, wenn sie hergebracht werden. Es gibt aber gar nichts, was zu fürchten wäre, ich am allerwenigsten; ich leide es nicht, daß jemandem ein Leid zugefügt wird. Willst du rauchen? Laß es lieber noch, viel leicht in zwei Jahren. . . Wo stecken denn deine Eltern? Hast wohl keine mehr? So, so. . . na, schadet nichts, wirz dich auch so durcheinander. Sei nur kein Feigling, verstanden?“

Ich hatte schon lange keinen Menschen so schlicht, so verständlich und menschenfreundlich sprechen hören und lauschte seinen Worten mit wachem Behagen. Als er mich zu meinem Bett zurückbegleitete, bat ich ihn:

„Bleib' noch ein bißchen bei mir sitzen!“

„Reinetwegen,“ sagte er.

„Wer bist du?“

„Wer ich bin? Ein Soldat, ein richtiger alter Kaukasus-soldat. Hab' auch im Kriege mitgekämpft, versteht sich! Dazu sind wir Soldaten ja da. Mit Ungarn, mit Tscherkessen, mit Polen hab' ich mich herumgeschlagen — mit wem du willst! Ich sage dir, Junge, der Krieg ist 'ne böse Sache!“

Ich schloß die Augen, und als ich sie wieder öffnete, sah auf dem Stuhle neben meinem Bett nicht mehr der Soldat, sondern die Großmutter im dunklen Kleide, er aber stand neben ihr und sagte:

„Sind dir also weggestorben, die Eltern, so, so. . .“

Die Sonne spielte gleich einem lustigen Kinde im Krankensaal, vergoldete alles für ein Weilschen und versteckte sich dann, um nach einiger Zeit wieder lachend hervorzutreten.

Die Großmutter neigte sich über mich und fragte:

„Was ist mit dir los, mein Junge? O Gott, wie haben sie dich zugerichtet! Ich hab's ihm vorausgesagt, dem rot-haarigen Satan. . .“

„Ich werde gleich das Nötige besorgen,“ sagte der Soldat und entfernte sich. Die Großmutter wischte sich die Tränen vom Gesicht.

„Denk' dir,“ sprach sie dann, „der Soldat ist ein Landsmann von uns! Aus Basadna“) kommt er. . .“

Ich glaubte noch immer zu träumen und schwieg. Der Arzt kam und wechselte den Verband an meinen Händen — und dann fuhr ich mit der Großmutter in einer Droschke durch die Straßen der Stadt.

„Und unser Großvater ist rein verrückt geworden,“ erzählte sie, „so geizig ist er, einfach ekelhaft! Jetzt hat er einen neuen Freund, den Kürschner Chloß, der hat ihm kürzlich einen Hundertrubelstein aus dem Pfalter gemaußt. Das war dir eine Komödie — na!“

Die Sonne scheint so hell, und die Wolken schweben wie weiße Vögel am Himmel hin. Wir gehen auf Bretterstegen über das Eis der Wolga, das sich knackend und knisternd biegt, während das Wasser unter den Brettern flutert. Auf den fleischroten Kuppeln der Jahrmarktstafelbedale blinken und funkeln die vergoldeten Kreuze. Eine Frau mit breitem, knochigem Gesicht kommt uns entgegen, mit einem Arm voll Weidenzweigen, deren Röhren wie Atlas schimmern — der Frühling naht, bald werden wir Eltern feiern!

Das Herz mähte sich emporschwingen wie eine Lerche.

„Ich habe dich so gern, Großmutter!“ schlüßte es über meine Lippen.

„Das wundern sie gar nicht, in aller Ruhe antwortet sie mir: „Dafür bist du doch mein Enkel! Mich haben aber auch Fremde gern — ich kann's wohl sagen, ohne mich zu rühmen. Hab' Dank dafür, feilige Muttergottes!“

Sie lächelte und fuhr dann fort:

„Nun wird sie auch bald ihre Freude haben, die Hochheilige: ihr Sohn wird auferstehen! Und meine arme Warja, meine Tochter. . .“

„. . . ist für immer tot,“ wollte sie wohl sagen, doch sie schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

) Stadt am Gouvernement Nisnij-Nowograd.

schlossen, einen Unteranschlag mit der Vollziehung der Verträge über den Betrieb der Bahn mit der Hochbahn zu beauftragen. Der Ausschuss wird in den nächsten Tagen die Strecke von der Weidenhammer Brücke bis Belle-Alliance-Platz näher beschreiben. Diese Strecke sowie die nördliche Endstrecke sollen bis Oktober für den Betrieb eröffnet werden.

Wie es bei der Schupo aussieht

In unserer letzten Sonntagsnummer veröffentlichten wir eine Reihe von Beiträgen, die bei der Schupo, die beweisen, von welchem militärischen Geist die leitenden Offiziere in der Schupo befehle sind. Man sollte annehmen, daß die Regierung sich veranlaßt sehen würde, auf Grund dieser Tatsachen schnellstens gegen die Schuldigen vorzugehen und die Schupo zu einer zuverlässigen Einrichtung für den republikanischen Staat machen würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, sondern diejenigen Kreise, die ein Interesse daran haben, aus der Schupo eine reaktionäre Stütztruppe zu machen, fühlen sich nach wie vor noch oben auf. Um den Eindruck der Veröffentlichungen zu verwischen, wenden sie die bekannte „Fahrlas-Diebstahl“-Methode an und verführen die Beamten der Schupo als staatsfeindliche Elemente — die sie selbst sind — zu denunzieren.

Da wir aber noch nicht alle Hoffnung aufgegeben haben, daß der hier selbständige Minister des Innern, Severing, sich aus eigenem Interesse veranlaßt sehen wird, mit aller Energie einzugehen und alle reaktionären Offiziere aus der Schupo zu entfernen, geben wir nachstehend noch einige Stichproben über das Treiben gewisser Offiziere in der Schupo. Sollten auch diese noch nicht genügen, sind wir bereit, weiteres Material, das Herr Severing vielleicht nicht ganz unbekannt sein dürfte, zu veröffentlichen.

Das verfassungsgemäß gewährleistete Koalitionsrecht der Polizeibeamten verliert man dadurch zu beeinträchtigen, daß man ihre Organisation als einen Zusammenhang schlechter Elemente bezeichnet und vor dem Eintritt warnt. Es ist natürlich unaussprechlich, daß Beamte, die solchen „Warnungen“ nicht Folge leisten, dann ebenfalls als schlechte Elemente behandelt werden. Die militärische Einstellung der Schupo wird auch dadurch gekennzeichnet, daß gegen Unterbeamte, die sich nur kleineren Vergehen schuldig machen, harte Strafen verhängt und erst Dienstentlassung verweigert wird, dagegen aber höhere Beamte selbst bei großen Verfehlungen keinerlei Verfassungen zu gewärtigen haben.

Als bei einer Weihnachtsfeier von einem Oberwachmeister patriotische Lieder gehalten wurden, lang ein Hauptmann Keil mit seinem Offiziershalsband kräftig mit, das hatte zur Folge, daß die Veranstaltung durch das Verlassen einer großen Anzahl Beamter gefährdet wurde. Dieser selbst Hauptmann glaubte es auch mit keinem von der Republik geschilderten Posten vereinbaren zu können, den derzeitigen Reichspräsidenten in schnoddriger Weise herabzusetzen und zu verunglimpfen.

Die Behandlung der Beamten durch ihre Vorgesetzten unterscheidet sich wenig von der früher den Rekruten gegenüber üblichen. So ist es vorgekommen, daß bei einem Kleiderappell ein Vorgesetzter einem Unterbeamten in brutaler Weise vor die Brust geschlagen hat, natürlich nur, um sich davon zu überzeugen, „ob der Kopf taubfrei ist“. Ebenso hat man bei einem Waffenappell einen Unterbeamten, dessen Degen angeblich zu stark eingeseilt war, Waffensack ins Gesicht geschmettert.

Die vorstehenden angeführten Fälle sollen für heute genügen. Doch sind wir bereit, falls notwendig, Erfahrungen der Schupo-Beamten mit ihren Vorgesetzten, die auf gleichem Gebiete liegen, auch zukünftig der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten.

Bier Monate im Luftschacht

Eine merkwürdige Entdeckung wurde von einem Beamten der Schupo in der Kaserne in der Blücherstraße gemacht. Der Beamte übernahm aus einer Mannschafsstube einen vollkommen verwilderten, aussehenden Menschen in einem ganz verabsäumten Zustand, der sich bei seiner Vernehmung als der bereits im Oktober v. J. spurlos verschwundene Unterwachmeister Schwabe von der Schupo-Kaserne in einem 1,20 Meter langen und 1 Meter breiten Vertiefung (Luftschacht) verkrüppelt und sich hier die ganze Zeit verborgen gehalten. Von Zeit zu Zeit ist er dann in die Mannschafsstuben hinuntergekommen und hat sich dort etwas zu essen geholt. Er sah, als man ihn abholte, vollkommen abgemagert und unfähig aus. Die Haare waren ihm lang gewachsen und er war vollkommen mit Schmutz bedeckt. Schwabe war durch die lange Haftzeit so heruntergekommen, daß er zunächst dem Lazarett zugeführt werden mußte.

Der Strafprozeß wegen der Kleinfeststellungen von Ein- und Ausfuhrscheinen, der seit mehreren Tagen in Moskau verhandelt wird, hat jetzt folgendes Urteil sein Ende gefunden. Es wurden verurteilt: Kaufmann Hohenstein zu drei Jahren Gefängnis, Heiratsvermittlerin Margarete Röhre zu einem Jahr Gefängnis, die Kunstseidenspinnerin Amanda Braun zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Karl Braun zu drei Jahren Zuchthaus, die Schlepperin Wolf zu einem Jahr vier Monaten, Werner zu einem Jahr und Lube zu zwei Jahren Gefängnis, außerdem zu Nebenstrafen von 1000 bis 6000 Mark Geldstrafe. Die Geschworenen hatten etwa 90 Schuldfragen zu beantworten.

Preisverzeichnisse. Wer gewerbmäßig Fleischfleisch im Kleinhandel feilbietet, ist verpflichtet, ein Preisverzeichnis in seinem Verkaufsräum oder an seinen Betriebsstand anzubringen, aus dem die Verkaufspreise der verschiedenen Fleischarten und Sorten ersichtlich sind. Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Preisverzeichnisse müssen so angebracht sein, daß die darin angegebenen Preise auch von außen sichtbar sind. Wenn sich die Ladengeschäfte auf die Angabe von Preisspannen, z. B. Schweinefleisch 18—24 M., beschränken, so entspricht dies nicht dem Sinne obiger Vorschriften. Die Preise müssen für jede einzelne Fleischart genau angegeben werden; wo dies der besonderen Eigenart einer Fleischsorte wegen nicht möglich ist, müssen die Preisspannen tunlichst eng gefaßt werden. Die Fleischsorten bzw. Rinde werden auf Innehalten dieser Vorschriften strenge kontrolliert werden.

Händlerfreiheit. Uns wird geschrieben: Der Gemüsehändler Theodor Hinte, Kaiserstr. 18, hat Magistralratskassettens erhalten. Als ich 3 Pfund Kartoffeln kaufen wollte, wurde dies abgelehnt mit der Begründung: „Sie erhalten keine Kartoffeln bei mir. Wir hoffen, daß der Magistrat diesem Händler für Magistralratsleistungen entschließt. Das Publikum wird diesem ohnehin kein „Wahlvolles“ befunden.“

Jugendamt Treptow. Am Donnerstag, den 23., abends 7 1/2 Uhr, spricht Professor Kestenberg vom Ministerium für Kunst und Volksbildung in der Vortragsreihe, die das Bezirks-Jugendamt Treptow zur Zeit veranstaltet, über Kunst und Jugendpflege, in der Aula der Gemeindefabrik Niederhörsingstraße, Berlin, Nr. 31. — Die Ausstellung selbstgezeichneten Spielkarten und Gebrauchsgegenstände aus denorten des Bezirks ist an dem Vortragsabend, und ferner am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3—5 Uhr, geöffnet.

Im Kinderhaus Blumenstraße findet wieder Unterricht in Sänglingspflege statt, mit praktischen Übungen wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich von 2—6 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 97.

4. Verwaltungsbezirk. 11., 12., 13., 14. Bezirk. Zur Pflege des proletarischen Gesanges hält der Jugendchor Prenzlauer Berg jeden Donnerstag, abends von 8—9 Uhr, in der Turnhalle der Roten Schule, Grefenbrogener Str. 53-55, unter Leitung des Genossen J. Jüttner, seine Übungsstunden ab. Die Jugend, von 10 Jahren an, wird beitragsfrei in jeder Übungsstunde aufgenommen, auch wird gebeten, unsere kleinen Sänger regelmäßig und pünktlich zur Übungsstunde zu schicken.

Gewerkchaftliches

Zum 11. deutschen Gewerkschaftskongreß

Wir berichteten bereits, daß zum Montag, den 19. Juni, in Leipzig der 11. Kongreß vom A. D. G. B. einberufen wurde. Die diesjährige Tagung wird, durch die letzten großen Kämpfe der Eisenbahner vor allem, eine besondere Bedeutung haben. Wird man doch nicht umhin können, dieses Inferno des Durcheinander mit seinen verderblichen Wirkungen nach jeder Richtung hin eingehend zu erörtern und die teuer erkauften und bitteren Lehren aus diesen Kämpfen ziehen.

Die Tagesordnung stellt neun Punkte vor. Bei Punkt 1: „Betriebsräte und Gewerkschaften“ wird man sich auch damit beschäftigen müssen, welche Stellung man zu den Betriebsratsmitgliedern einnimmt. Organisationsgründen damit ist Punkt 5: „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte.“ Große Teile der Arbeiterschaft lehnen die Arbeitsgemeinschaften ab, denen entgegen wird, solange die Betriebsratsräte nicht ausgebaut sind, seien die Arbeitsgemeinschaften notwendig. — Aus diesen theoretischen Streitigkeiten herauszukommen und icht Abschlüssen in diesen Fragen niederzulegen, wird der Kongreß eindeutig sich entscheiden müssen. Der 4. Punkt: „Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ wird sicherlich eine lebhafte Debatte bringen. Die eingangs erwähnten Kämpfe werden diesen Punkt tangieren und die Disziplinbrüche, auch innerhalb unserer Reihen, machen eine Klärung notwendig. Insbesondere wird der Kongreß sich endlich zu entscheiden haben, ob die sogenannten Verhandlungen mit dem Deutschen Beamten-Bund über ein Korrelationsverhältnis, analog dem der A. D. G. B., fortzuführen sind, aber ob endlich diese negative Arbeit aufgegeben wird und wir davon gehen, freie Beamten-Gewerkschaften zu formieren. Wir berichteten bereits, daß eine Gesamtkonferenz des A. D. G. B. für eine organisatorische Eingliederung der Beamtenbewegung in die große gewerkschaftliche Gesamtbewegung sich leithin ausgesprochen hat, nur zusammen können. Diese Frage ist akut und besonders nach der reaktionären Stellungnahme der Reichsgewerkschaftler, die offen zur Offenbarung gegen unsere „Lohnstreifen“-Verbände vorgehen, ist eine Lösung dringend notwendig.

Ueber dies Problem dürfte nach keiner Richtung hin eine Meinungsverschiedenheit vorkommen, und wir hoffen, der Kongreß wird zu einem greifbaren Resultat gelangen. „Das Längste Arbeitsrecht in Deutschland als 6. Punkt dürfte eine lebhafte Auseinandersetzung bringen. Die famose Schlichtungsordnung mit ihrem § 53, für die der A. D. G. B. eintrat, wird im Mittelpunkt der Debatte stehen. Wenn die Betriebsräte erklären, daß die Schlichtungsordnung den Gewerkschaften nur diejenige Bindung auferlegt, die die Verbände sich selbst durch Statut geben, so ist demgegenüber zu erklären, daß es ganz was anderes ist, ob die Organisationen der Arbeiter sich freiwillig ihren selbst gegebenen Gesetzen unterwerfen, oder ob eine staatliche Gesetzgebung diese Selbstverantwortung der Arbeiterschaft gegenüber der Gesamtheit und vor sich selbst unmöglich macht und die Gefahr in sich birgt, die Gewerkschaften in ihrer Existenz zu gefährden und den kollektiven Gedanken zu schädigen. Aus allen diesen und noch anderen Gründen ist diese Schlichtungsordnung zu verwerfen. Organisationsrechtliche Fragen behandeln Punkt 7 und 8 wie die „Änderungen der Bundesstatuten“ und die „Wahl des Bundesvorstandes“. Die Delegierten werden da zu prüfen haben, aus welchen Gründen eine Abänderung der Statuten tunlich erscheint. Bei der Wahl des Bundesvorstandes erweist es sich als notwendig, daß unsere Genossen entsprechend vertreten sind. Dies kann jedoch nur dann vor sich gehen, wenn eine unfer Stärke entsprechende Anzahl von Delegierten nach Leipzig gelangt wird. Es versteht sich am Rande, daß unsere Gewerkschaftsleute nun überall in Aktion zu treten haben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Anträge nur bis zum 22. April eingereicht werden können, denn laut Statut sind acht Wochen vor dem Kongreß Anträge dem Bundesvorstand zu überreichen. Länger als mit zwei Vierteljahrsbeiträgen dürfen die einzelnen Verbände nicht tätig sein, da sonst den Delegierten die Teilnahme am Kongreß verweigert werden kann.

Unsere Genossen in den einzelnen Verbänden werden nun die relativ kurze Zeit noch sehr ausnützen müssen, um eventuell noch rechtzeitig Anträge zu stellen, und sich mit der Tagesordnung eingehend zu beschäftigen, um ihren Delegierten Richtlinien mit auf den Weg zu geben. Wird außerdem mit Ernst und sachlichem Eifer an die Probleme herangegangen, dann dürfte die Leipziger Tagung für die deutsche Arbeiterschaft von großer Bedeutung werden.

Betriebsräteschule

Am folgenden, Freitag, den 24. Februar 1922, beginnenden Kursen der Betriebsräteschule können noch neue Hörer teilnehmen. Die Anmeldung kann im Kurs selbst erfolgen oder im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin, Engelauer 24-26, 2. Hof, 1. Stad.

- Vorbereitungskurs: Sophie-Zentrum, Weinmeisterstr. 16-17. Das Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Lehrende) (6 Uhr, 3. 20). Wirtschaftliche Verhältnisse (6 Uhr). Soziale Hygiene (6 Uhr). Sommersemester 1921 auf der nächsten Zeit am Eingang.
- Vorbereitungskurs: Karl-Marx-Bezirk, Arbeiterisches Gymnasium, Schumannstr. 44. Einführung in Statistik und Rechtslehre (6 Uhr, 3. 20). Geld- und Bankwesen (6 Uhr, 3. 20).
- Vorbereitungskurs: Karl-Marx-Bezirk, Arbeiterisches Gymnasium, Schumannstr. 44. Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Hörer) (6 Uhr, 3. 20). Das Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Hörer) mit Rechtslehre (6 Uhr, 3. 20). Verhältnisse der Betriebsräte (6 Uhr, 3. 20).
- Vorbereitungskurs: Karl-Marx-Bezirk, Arbeiterisches Gymnasium, Schumannstr. 44. Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Hörer) (6 Uhr, 3. 20). Betriebsrätegesetz, 2. Teil (für Hörer) (6 Uhr, 3. 20). Betriebsrätegesetz, 3. Teil (für Hörer) (6 Uhr, 3. 20).

Betriebsräteschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Eine Arbeiterkammer für Slowenien

Aus Laibach wird gemeldet: Das Ministerium für Sozialpolitik in Laibach hat in Laibach eine Arbeiterkammer errichtet. Sie ist bereits eröffnet. Vorläufig wurden die Mitglieder der Kammer von der Regierung ernannt, und zwar deren 50: 28 aus der sozialdemokratischen, 6 aus der christlich-sozialen, die weiteren aus der nationalsozialen und demokratisch liberalen Parteien. Diesen steht es zunächst zu, eine Wahlordnung und ein Arbeitsstatut aufzustellen. Erst nach Erledigung dieser allerdings wesentlichen Formalitäten und nach erfolgter Wahl wird die eigentliche Aufgabe dieser Arbeiterkammer einleiten. Aus dem gegebenen Wortlaut des Wirkungsstatutes ist ersichtlich zu entnehmen, daß sie keine Interessensvertretung mit gefahrdrohender Gewalt ist, und aus der Art der bisherigen Zusammenkunft ist zu beklagen, daß die Wahlordnung wohl kaum den wirklichen Bedürfnissen der Arbeiterschaft angepaßt werden dürfte.

Angestellte, Wertmeister, Techniker wählen am Sonntag, den 26. Februar 1922 im Kreise Lettow die Liste des A. D. G. B.

Gewerkschaftskommisionen Steglitz-Lichterfelde. In einer leithin fortgeführten Bestimmung obiger Körperlichkeit wurde der Jahresbericht gegeben. Die Bestimmung beschäftigte sich zunächst mit dem Eisenbahnerstreik und verzweigte in eine Entscheidung die Haltung des A. D. G. B. Den Jahresbericht erstattete Genosse Madel. Angehängt war die Unterkommision und 20 Gewerkschaftsmitglieder. Im Berichtsjahre hat die Unterkommision an den Kasstrat des 12. Bezirks einen Antrag wegen Totkassensarbeiten eingebracht. Die Unterkommisionen Steglitz und Lichterfelde wurden wegen der Neugestaltung Groß-Berlins verabschiedet. Bei den Gewerkschaften, Kaufmannsgericht und Krankenlaffenwahlen leistete die Unterkommision die notwendigen Arbeiten. Bei den Krankenlaffenwahlen erhielt die Liste der freien Arbeiter 4 Vertreter und die Liste der freien Handwerker 2. In Lichterfelde hatte die Liste der freien Gewerkschaften 8, die der herrlichen 2 Vertreter. Eine Vertretung der beiden Klassen wurde von den Ausschüssen der Klassen einstimmig beschlossen. Zum Mitbestimmungsamt wurden von der Unterkommision 24 Mitglieder dem Magistrat vorgeschlagen. Dem Kassier Bartel wurde Entlassung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Madel, Obmann; Bierckert, Stellvertreter; Bartel, Kassierer; Häbner, Schriftführer; Schrumpp und Fein, Revidoren. Es wurde beantragt und beschlossen, im 12. Bezirk eine Betriebsräteschule einzurichten.

Fabrikarbeiter der chemischen Industrie, Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie Groß-Berlin, Fachgruppe 1-4. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband der chemischen Industrie, Sektion 1a, am 21. Februar, haben sich verzögert. Höhere Forderungen betragen für Februar 350 M. und bis Ende März weitere 3 M. pro Stunde Zuschlag auf die bestehenden Februarlöhne. Diese Forderungen erklärten die Arbeitgeber als phantastisch und zu keiner Grundlage für weitere Verhandlungen geeignet, wenn die Verhandlungskommission ihre Forderungen nicht wesentlich erniedrigt. Dilemma: Annehmen der Arbeitgeber konnte die Verhandlungskommission nicht nachkommen, und die Verhandlung wurde damit abgebrochen. Wir werden nunmehr den Betriebs-Schlichtungsausschuss Chemie, Sektion 1a, anrufen. Bis die Sprüche der Schlichtungsinstanz vorliegen, bitten wir unsere Kollegen, die Ruhe in den Betrieben zu bewahren.

U. S. P.-Tuchhändler. Am Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Fraktionsversammlung. Das Erscheinen aller U. S. P.-Mitglieder ist unbedingt Pflicht! Der Fraktionsvorstand.

Danco-Werke Tempelhof, Betriebsversammlung, Mittwoch vormittags 11 Uhr. Die Fraktion ist trocken bis eine Stunde früher im Streiklokal, Wilhelmstraße, Tempelhof.

Kommunale Betriebsräte Berlins, Vollversammlung am Mittwoch, den 22. Februar 1922, abends 8 Uhr, in Niems Festhallen (Gartenhof), Halensee 13-15. Ohne Legitimation kein Zutritt.

Einbruch in ein Gewerkschaftsbureau, Sonntag, den 19. Februar, morgens 5 Uhr, in den Büroräumen des Zentralverbandes der Fleischer, Jorndorfer Str. 32, eingebrochen worden. Es wurde eine Handweilenzweismaschine, Fabriknummer 13510, ein Fahrrad, ein grünes Jackett und sonstiges entwendet. Vor Anlauf wird gewarnt.

Steigende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die jüngsten Berichte aus den Vereinigten Staaten zeigen eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsministerium berichtet von einer neuerlichen sprunghaften Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen. Der Beschäftigungsgrad in den durch die Krise am schwersten betroffenen Industriezweigen, wie Metall, Stahl, Textil- und Papierindustrie hat sich zwar in den letzten Monaten gehoben, demgegenüber wächst die Arbeitslosigkeit in den übrigen Industrien, besonders in der Holz-, Lebensmittel-, Automobil-, Industrie und Eisenbahngewerkschaften. Die im Herbst vorigen Jahres mit großem Lärm angelegte Regierungskommision gegen die Arbeitslosigkeit ist im Sande verlaufen.

Parieveranstaltungen

District Niederbarnim-Kreis. Die Districtkonferenz findet in diesem Monat nicht statt. Die Konferenz ist auf den 12. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Karl Döhling, Brunnenstr. 78, festgelegt.

Mittwoch, 22. Februar

- 1. Vermittlungsbüro, 4. Hof (Wetzlar). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Pilsenerstr. 10, Pilsenerstr. 10. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Betriebsrat des Bld, Kammerstr. 2. Bericht von der Betriebsratversammlung.
- 3. 12. Hof. Die Mitgliederversammlung findet umhelfenfalls ab 8 Uhr, in der Halle, Friedrichsbergstr. 10.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr in der Halle der Reichsgewerkschaft, Mitgliederversammlung, Bericht über: Geschichte des Streiks auf der Erde als Vorbild für „unser“ Betriebsratwesen. Ref.: Prof. Dr. Geyer. Eintritt frei.

Donnerstag, 23. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

Freitag, 24. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

Sonntag, 26. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

Mittwoch, 22. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

Donnerstag, 23. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

Freitag, 24. Februar

- 1. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 2. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 3. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.
- 4. 12. Hof. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Halle der 1. Betriebsrat, Grefenbrogener Str. 53-55. Tagesordnung: Der Streik der Eisenbahner, der holländische Arbeiter und Kapitalisten.

bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden San.-Zat **Dr. Wagschalders Brust-Tea** Dr. Wagschalders Brust-Tea, Fabrik 12.30 u. 22.50 M. nach Original-Vorschrift seit Jahren erprobt, a. bewährt. Pakete 12.30 u. 22.50 M. am Dönhofsplatz, Elefant-Apotheke, Leipziger Straße 74, Fernspr. Zentr. 7192